

Causa Aiwanger

Heino Schomaker und Sebastian Sakautzki

Die sogenannte „Flugblatt-Affäre“ des Vorsitzenden der Freien Wähler und stellvertretenden Ministerpräsidenten in Bayern hat kurzfristig den bayerischen Landtagswahlkampf dominiert und weit über die Grenzen des südlichsten Bundeslandes hinaus für Aufsehen gesorgt.

Das bundesdeutsche Feuilleton versuchte sich in Analysen von Persönlichkeitsstrukturen bayerischer Spitzenpolitiker*innen und zum Zustand deutscher Erinnerungskultur; in den Kommentarspalten dominierten Erkundungen zu politischer Taktik und Strategie und zu den Besonderheiten bayerischer Landespolitik. Der Beschuldigte verlor sich in Unterstellungen gegen die SZ und Ausfällen gegen die Pressefreiheit.

Schon Mitte September war die Aufregung wieder weitgehend verfliegen und bei der Landtagswahl in Bayern legten die Freien Wähler sogar noch zu. Der Siegeszug der extremen Rechten und ihres Umfeldes hat am 8. Oktober 2023 neuen Auftrieb bekommen.

Was bleibt?

Wohl zuerst einmal die Erkenntnis, dass Einsichtsvermögen und die Kraft zu historischer Sensibilität gegenüber politischer Machterhaltung hoffnungslos in der Defensive sind. Der „gute Demokrat“ (Aiwanger über Aiwanger) kann sich an nichts mehr erinnern; und das, was er nicht mehr erinnert, ist allenfalls eine uralte „Jugendsünde“. Das rechtfertigt für ihn dann auch, der Süddeutschen Zeitung, die als erstes über das Flugblatt berichtet hat, mit Klage zu drohen und sich selbst als Opfer einer Medienkampagne zu inszenieren; legitimierte Kontrollaufgabe der Medien in der Demokratie hin oder her. Und Markus Söder hält nicht nur an Aiwanger fest, sondern bescheinigt nun auch den Grünen, „nicht zu Bayern zu gehören“ – als hätte es die Inklusions- und Exklusionsmechanismen der „deutschen Volksgemeinschaft“ unter der Faschistenherrschaft nie gegeben. Es ist halt Bierzeit.

Eine kurze Nachbetrachtung

Aber es geht um viel mehr, jedenfalls aus unserer Sicht. Nach dem Scheitern der jahrzehntelangen Versuche, einen Schlussstrich unter die Zeit der NS-Herrschaft und des 2. Weltkriegs zu ziehen, gibt es nun einen erneuten Anlauf, die Debatten über Aufarbeitung, Schuld und Verantwortung zu beenden und sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben; schließlich gilt Deutschland in vielen Ländern als vorbildlicher Erinnerungsweltmeister.

Antisemitische Signale an Jüdinnen und Juden

Dieser fundamentale Angriff auf die bundesdeutsche Erinnerungskultur verfängt in einer Gesellschaft, die weit bis in ihre Mitte hinein offen und aktiv bereit für extrem rechte Positionen und revisionistische Sichten auf die deutsche Geschichte ist. Der Umgang mit dem antisemitischen Flugblatt und die diesbezüglich fehlenden Konsequenzen werden solchen Positionen weiteren Auftrieb geben. Aber: Die gesellschaftlichen Herausforderungen von heute geraten in der Debatte weitgehend aus dem Blick.

Welche Auswirkungen hat die Diskussion um ein antisemitisches Flugblatt auf in Deutschland lebende Juden und Jüdinnen? Die Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Hanna Veiler, rechnet damit, dass dieser Fall die Hemmschwelle für antisemitische Äußerungen und Übergriffe weiter herabsetzen wird, und erklärte dem Redaktions-Netzwerk Deutschland dazu: „Jüdinnen und Juden wird damit klar signalisiert, dass ihre Stimmen am Ende des Tages nicht viel wert sind und sie sich bei der konsequenten Bekämpfung von Antisemitismus oft nicht auf die Politik verlassen können.“ Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Joseph Schuster,

Nie wieder!

spricht mit Blick auf antisemitische Straftaten in diesem Jahr gegenüber dem Berliner Tagesspiegel sogar von „einer Geiseshaltung, die jüdisches Leben nicht zu Deutschland zählt“.

Jugendgefährdender Populismus

Und noch ein weiterer Aspekt ist uns wichtig: Was bedeutet die verharmlosende Metapher der „Jugendsünde“ wohl für heutige Jugendliche, die demokratiefeindlichen und antisemitischen Positionen offen gegenüberstehen? Bekanntlich wird deren Zahl größer. Die Message kann doch nur sein: „Egal, was ihr heute macht. Irgendwann sind das Jugendsünden; dann könnt ihr immer noch Demokrat*innen werden.“ Jedenfalls, wenn es dann noch Demokratien gibt.

Dieser Umgang mit Geschichte wird einer notwendigen Verantwortungsethik, die dem Bewährungs- und Legitimationsdruck, unter dem demokratische Werte

und demokratische Verfahren heute stehen, entgegenzutreten kann, in keiner Weise gerecht. Wirklich gar nicht!

Und er birgt die große Gefahr, den Zugang zum notwendigen gesellschaftlichen Diskurs über die Weiterentwicklung einer bundesrepublikanischen Erinnerungskultur zu verbarrikadieren, die der eigenen historischen Verantwortung und den aktuellen Herausforderungen gerecht wird.

Gedenkstättenbesuch als Ablasshandlung?

In welcher Weise die Erinnerung an den NS und die damit verbundene historisch-politische Bildungsarbeit, die an vielen Orten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet mit großem Ernst und großem Engagement betrieben wird, heute für politische Ziele und politisches Renommee instrumentalisiert wird, macht nicht nur der enge und prestigegeleitete Blick auf „den Ruf Deutschlands in der Welt“

deutlich. Der dringende Rat an Hubert Aiwanger, doch mal eine KZ-Gedenkstätte zu besuchen, ist, so gut gemeint er auch sein mag, Ausdruck genau dieser Instrumentalisierung, aber auch der vollständigen Überforderung der Erinnerungsarbeit, die zunehmend Ersatzhandlung für notwendige gesellschaftliche Debatten und politische Entscheidungen wird.

Nicht zuletzt die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen lehren uns: statt die Vergangenheit zu ignorieren, brauchen wir den Blick in die Zukunft und das Engagement für eine Erinnerungskultur, die nicht nur ihrem anspruchsvollen Namen, sondern auch den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft und einer globalen Perspektive gerecht wird.

Sebastian Sakautzki ist Leiter der Gedenkstätte Ahrensböck (www.gedenkstaetteahrensboeck.de) und Heino Schomaker ist Vorsitzender der LAG Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (www.lag-gedenkstaetten-sh.de) und Mitglied im Vorstand des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V. www.frsh.de